

## **Antrag**

**der Abgeordneten Frau Augustin, Austermann, Carstensen (Nordstrand), Feilcke, Frau Geiger, Glos, Dr. Grünewald, Frau Dr. Hellwig, Herkenrath, Höffkes, Hornung, Kittelmann, Krey, Dr. Kronenberg, Lenzer, Magin, Nelle, Dr. Olderog, Dr. Pohlmeier, Frau Rönsch (Wiesbaden), Ruf, Sauer (Stuttgart), Sauter (Epfendorf), Frau Schätzle, Schartz (Trier), von Schmude, Schneider (Idar-Oberstein), Schreiber, Dr. Schroeder (Freiburg), Schwarz, Spilker, Dr. Stark (Nürtingen), Dr. Stercken, Graf von Waldburg-Zeil, Frau Dr. Wisniewski und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Hoppe, Dr. Feldmann, Frau Folz-Steinacker, Dr. Hoyer, Irmer, Nolting, Ronneburger, Frau Walz, Bredehorn, Kohn, Dr.-Ing. Laermann, Frau Seiler-Albring, Dr. Solms, Timm und der Fraktion der FDP**

## **Entwicklungszusammenarbeit mit Vietnam**

Vietnam befindet sich mitten in dem schwierigen Umbau von einer völlig zentral verwalteten Planwirtschaft in eine freiere Gesellschaft mit marktwirtschaftlichem System. Die Preise wurden freigegeben, die Landwirtschaft in Ansätzen privatisiert, die Unternehmensreform begonnen, der Außenwert der Währung angepaßt. Das Budgetdefizit wurde verringert, die Inflation ist gebändigt.

Dennoch können die enormen Fehlentwicklungen unter sozialistischer Zentralplanwirtschaft nur allmählich überwunden werden. Vietnam bleibt einer der ärmsten Staaten der Erde. Die materielle Infrastruktur ist in katastrophalem Zustand, die Industriebetriebe sind völlig veraltet, die Arbeitslosenziffer sehr hoch, das Bildungssystem droht zusammenzubrechen. Angesichts des niedrigen Entwicklungsniveaus des Landes kann die Anlauffinanzierung für die dringend erforderliche Strukturanpassung nicht aus eigenen Kräften erfolgen. Nur wenn der Reformkurs durchgehalten wird und spürbar positive wirtschaftliche Ergebnisse bringt, kann die weiterbestehende Fluchtbewegung angehalten werden.

Daher soll die Kooperation mit den Industrieländern und den internationalen Finanzinstitutionen nunmehr möglichst schnell die anfänglichen Engpässe zum Aufbau Vietnams beseitigen helfen.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt,
  - 1.1 daß die vietnamesische Regierung durch den Rückzug ihrer Truppen aus Kambodscha zur Lösung der politischen Konflikte in Südostasien beigetragen hat;
  - 1.2 daß die vietnamesische Regierung sich bemüht, die Menschenrechtslage zu verbessern;
  - 1.3 daß die Bundesregierung diese positiven Veränderungen bereits durch Förderung von Vorhaben der Nichtregierungsorganisationen in Vietnam honoriert.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
  - 2.1 die Technische Zusammenarbeit mit Vietnam unverzüglich aufzunehmen. Dringliche Sofortmaßnahmen sind
    - Maßnahmen zur Erhöhung der Nahrungsmittelqualität und zur Vermeidung der Nachernteverluste,
    - Maßnahmen zur Schaffung eines funktionierenden Bankenwesens und einer effizienten Finanzverwaltung,
    - berufliche Bildung,
    - Beratungsdienste für die vietnamesische Wirtschaft,
    - Beratung über die Funktionsweise des Ordnungsmodells der sozial und ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft;
  - 2.2 die Finanzielle Zusammenarbeit vorzubereiten und als Voraussetzung dafür Vietnam bei der Schuldenregelung zu helfen, z. B. durch Herbeiführung einer Umschuldungsvereinbarung im Pariser Club, gegebenenfalls verbunden mit einer Schuldenerleichterung entsprechend den Optionen des Weltwirtschaftsgipfels von Toronto oder durch Erlaß der Schulden aus früherer Kapitalhilfe;
  - 2.3 bei der Finanziellen Zusammenarbeit die Wiederherstellung der Verkehrsinfrastruktur und dabei besonders der Schifffahrtsanlagen anzustreben;
  - 2.4 wieder Hermes-Bürgschaften zu gewähren;
  - 2.5 die Förderung der Vorhaben von Nichtregierungsorganisationen in Vietnam verstärkt fortzusetzen.
3. Da die DDR ihr hohes Engagement für Vietnam nicht aufrechterhalten kann, soll die Bundesregierung prüfen, welche Vorhaben gemeinsam fortgeführt werden können. In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Handwerksförderung und berufliche Bildung sollten Projekte der DDR unmittelbar und unter Ausrichtung auf die wirtschaftlichen Reformziele fortgesetzt werden. Die hohe Bereitschaft der Vietnamesen zum Erlernen der deutschen Sprache sollte anerkannt und die große Zahl deutschsprachiger Fachkräfte genutzt werden.

4. Der Deutsche Bundestag fordert die vietnamesische Regierung auf,
  - 4.1 durch Abschluß des unterschriftsreifen Kulturabkommens mit der darin enthaltenen Berlin-Klausel ein formelles Hindernis für die öffentliche bilaterale Zusammenarbeit beiseite zu räumen;
  - 4.2 den Nichtregierungsorganisationen die Freiräume zuzugestehen, die für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit mit der vietnamesischen Bevölkerung und ihren Selbsthilfeorganisationen erforderlich sind;
  - 4.3 am Reformkurs festzuhalten und diesen bis hinunter zu den Parteikadern in der Provinz durchzusetzen;
  - 4.4 an der weiteren Verbesserung der Menschenrechtslage zu arbeiten und den Besuch unabhängiger Menschenrechtskommissionen zuzulassen.

Bonn, den 4. Mai 1990

Frau Augustin  
Austermann  
Carstensen (Nordstrand)  
Feilcke  
Frau Geiger  
Glos  
Dr. Grünewald  
Frau Dr. Hellwig  
Herkenrath  
Höffkes  
Hornung  
Kittelmann  
Krey  
Dr. Kronenberg  
Lenzer  
Magin  
Nelle  
Dr. Olderog  
Dr. Pohlmeier  
Frau Rönsch (Wiesbaden)  
Ruf  
Sauer (Stuttgart)  
Sauter (Epfendorf)  
Frau Schätzle  
Schartz (Trier)  
von Schmude

Schneider (Idar-Oberstein)  
Schreiber  
Dr. Schroeder (Freiburg)  
Schwarz  
Spilker  
Dr. Stark (Nürtingen)  
Dr. Stercken  
Graf von Waldburg-Zeil  
Frau Dr. Wisniewski  
Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion  
  
Hoppe  
Dr. Feldmann  
Frau Folz-Steinacker  
Dr. Hoyer  
Irmer  
Nolting  
Ronneburger  
Frau Walz  
Bredehorn  
Kohn  
Dr.-Ing. Laermann  
Frau Seiler-Albring  
Dr. Solms  
Timm  
Mischnick und Fraktion

